

Mehr Brot und Produktion!

Von Genossenschaftsvorsteher Handelskammerrat
Johann P a p f.

Lebensmittelnott und Hunger, Teuerung und Arbeitslosigkeit sind die traurigen Folgen des viereinhalbjährigen Krieges, unter denen wir erst jetzt nach seinem für uns unverdient schlimmen Ende von Tag zu Tag schwerer zu leiden haben. Da die Störung der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion noch fortwirkt, sind wir auf die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu hohen Preisen angewiesen. Wir müssen es sogar als ein Entgegenkommen des Auslandes, mit dem wir zwar einen Waffenstillstand, aber noch immer keinen Frieden haben, betrachten, wenn wir von dort die für die Ernährung der Bevölkerung unbedingt nötigen Lebensmittel für teures Geld bekommen. Da unsere Kronenwährung durch die Ausgabe von Banknoten in — man kann beinahe sagen ungezählten — Milliarden ohne irgendwelche Goldbedeckung sehr entwertet wurde und auch infolge unseres Mangels an Exportware im Auslande nur sehr geringe Zahlungskraft, also einen sehr niedrigen Kurswert besitzt, müssen wir für die dort gekauften Lebensmittel nicht bloß den geltenden Weltmarktpreis bezahlen, sondern auch die

Kursdifferenz in Rechnung stellen. Daraus ergibt sich der für uns erschreckend hohe Gestehungspreis, der laut amtlichen Mitteilungen beispielsweise für 100 Kilogramm Weizen derzeit rund 350 Kronen beträgt, ein Preis, demgegenüber der unseren Landwirten einschließlich der Prämie bezahlte Lieferpreis von 110 Kronen per 100 Kilogramm als äußerst niedrig bezeichnet werden kann. In ähnlichen Verhältnissen bewegen sich die Preise für andere Lebensmittel. Unsere Verschuldung wächst damit neuerlich ins Gigantische. Ueber eines müssen wir uns im Klaren sein: die wichtigste Voraussetzung unserer Unabhängigkeit vom Auslande in bezug auf die Lebensmittelbeschaffung liegt in der möglichst reichlichen Aufbringung dieser Lebensmittel im Inlande. In der Herbeiführung dieser Unabhängigkeit liegt das große Problem, dessen Lösung jetzt von mehreren Kapazitäten unserer Ernährungswirtschaft mit verschiedenen Mitteln zu erreichen versucht wird. Die einen wollen diese Lösung mit verschärfter Zwangsbewirtschaftung und mit organisierter Aufbringung, die anderen mit der Einsetzung des freien Handels in jeder Form herbeiführen. Einer der Wortführer der ersteren Gruppe ist der Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Staatsamte für Volksernährung Ernährungsdirektor und Nationalrat Matthias Ebersch, während auf der Gegenseite der Vertreter des

freien Handels Kommerzialrat Julius Meinel auftritt. Man kann es beiden zubilligen, daß sie — wenn auch mit verschiedenen Mitteln — das gleiche Ziel anstreben: den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. In der Erkenntnis sind alle Gruppen einig, daß die Grundlage für den Wiederaufbau die Sicherung der Volksernährung bildet und daß, da das Brotgetreide als der allerwichtigste und notwendigste Behelf für die menschliche Ernährung gilt, auch dessen Beschaffung als die oberste Aufgabe unseres Ernährungsdienstes angesehen werden muß. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist zweierlei anzustreben: erstens für die Gegenwart und die allernächste Zukunft die Beschaffung von Brotgetreide oder Mehl in ausreichender Menge aus dem Auslande, weil nach den Bekenntnissen des Ernährungsdirektors selbst von den Landwirten in Deutschösterreich auch bei radikalster Aufbringungsarbeit aus der letzten Ernte nicht mehr viel zu holen ist, und zweitens für die möglichst nahe Zukunft unsere tunlichste Unabhängigkeit vom Auslande durch intensivste Hebung der heimischen Getreideproduktion. Für die Hebung der Produktion reicht aber der Vorschlag des Direktors Ebersch nicht aus, die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel nach einheitlichen Grundsätzen einer Organisation von Orts-, Bezirks-, Landes- und Reichs-, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten zu überantworten; denn Aufbringung und Verteilung ist noch immer keine Mehrproduktion.

Ueber die Hebung der Erzeugung gehen die Meinungen unserer Wirtschaftspolitiker weit auseinander. Zwar hat sich durch die zwingende Lehre der Tatsachen auch in den Direktor Ebersch nahestehenden Kreisen die Erkenntnis bereits durchgerungen, daß die Forderung: „Abbau der Preise“ auf geraume Zeit, zumal hinsichtlich des Getreides, zu einem unerfüllbaren Schlagwort geworden ist, aber zu dem weiteren Schritte, der zu einer wirklichen Hebung der heimischen Getreideproduktion führen könnte, zu einer Gleichstellung der Uebernahmspreise für heimisches Getreide mit dem Weltmarktpreise, wollen sie sich bisher noch nicht verstehen. Und es dürfte kaum einen anderen Weg geben. Da die Landwirte im Hinblick auf die Entwicklung der Getreidepreise am Weltmarkte wohl für längere Zeit mit der Forderung von Getreideschutzzöllen nicht hervorkommen dürfen und sich die freie Einfuhr gefallen lassen müssen, so wird ihnen doch die Gleichstellung ihres Erzeugnisses mit dem ausländischen als billiger Ausgleich kaum verwehrt werden können.

Für die heimische Volks- und Finanzwirtschaft bedeutet diese Gleichstellung gewiß noch den Vorteil, daß das für das heimische Getreide ausgegebene Geld im Lande bleibt, der einheimischen Bevölkerung zugute kommt und unsere Valuta nicht belastet. Diese Gleichstellung könnte im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Prüfstein dafür sein, ob aus der heimischen Landwirtschaft von der letzten Ernte noch nennenswerte Getreidemengen herauszubringen sind oder nicht. Wenn ja, dann würden die sonst für Auslandskäufe nötigen Geldbeträge im Inlande bleiben, und wenn nicht, dann kostet der Versuch ohnehin nichts. Wenn wir im richtigen sozialen Empfinden die hohen Getreide- und Mehlpreise des Auslandes im allgemeinen jetzt nicht in den Brotpreisen direkt zur Geltung kommen lassen und zur Deckung der Differenz die Höherbemittelten mit der Brotaufgabe belasten, so würde es für diese Kreise vielleicht auch noch erträglich sein, die aus der Gleichstellung des inländischen Uebernahmspreises mit dem Weltmarktpreise sich ergebenden Mehrkosten, vorläufig vielleicht bloß bis zur neuen Ernte, zu tragen, wenn ihnen dafür die Möglichkeit geboten würde, ihren tatsächlichen Bedarf an Mehl für die eigene Wirtschaft auf legalem Wege durch legitime Lieferanten zum Weltmarktpreise zu beziehen, statt diesen Bedarf von Schleikhändlern um den zehnfach höheren Betrag kaufen zu müssen. Ja, man kann behaupten, daß eine allgemeine Anpassung der Brot- und Mehlpreise an die des Einfuhrgetreides selbst für die arbeitende Bevölkerung gegenüber dem heutigen Totalaufwande für Lebensmittel keine Mehrausgabe bedeuten würde beim Wegfalle der Zwangslage, sich vorzugsweise im Schleikhandel versorgen zu müssen, denn daß die staatlich zugemessenen Rationen nicht ausreichen, um das nackte Leben zu fristen, und daß nicht allein die Bessersituierten sondern auch die auf den Tagesverdienst angewiesenen Arbeiter derzeit einen Großteil ihres Lebensmittelbedarfes im Schleikhandel